

## "Herausforderung Europa" in Frankfurter Allgemeine Zeitung (15. Dezember 1995)

**Quelle:** Frankfurter Allgemeine Zeitung. 15.12.1995, n° 292. Frankfurt/Main. "Herausforderung Europa", p. 6.

**Urheberrecht:** (c) Frankfurter Allgemeine Zeitung

All rights reserved. Provided by Frankfurter Allgemeine archiv.

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/herausforderung\\_europa\\_in\\_frankfurter\\_allgemeine\\_zeitung\\_15\\_dezember\\_1995-de-a1b75df2-77fd-441e-be4b-56ad63c2270d.html](http://www.cvce.eu/obj/herausforderung_europa_in_frankfurter_allgemeine_zeitung_15_dezember_1995-de-a1b75df2-77fd-441e-be4b-56ad63c2270d.html)

**Publication date:** 20/12/2013

## Herausforderung Europa

In Madrid geht es vor allem um die wirtschaftliche Zukunft der EU-Staaten

Ho BRÜSSEL, 14. Dezember. Die künftige europäische Gemeinschaftswährung, die Vorbereitung der für 1996 geplanten Regierungskonferenz zur Reform des Vertrages von Maastricht, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Beitritt weiterer Mitglieder zur Europäischen Union (EU) stehen im Mittelpunkt des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs an diesem Freitag und Samstag in Madrid. In seinem Einladungsschreiben spricht der spanische Ministerpräsident González von entscheidenden Herausforderungen, denen sich die Gemeinschaft gegenübersehen. Zunächst gehe es darum, die wirtschaftliche Zukunft und die Währungsunion zu sichern. Außerdem müsse die EU eine Antwort auf Fragen finden, die ihre Bürger als vorrangig betrachteten. Am Freitag mittag wird im Beisein der Präsidenten Argentiniens, Brasiliens, Paraguays und Uruguays feierlich ein Abkommen zwischen der EU und diesen Mercosur-Staaten unterzeichnet. Die Situation in Bosnien, das künftige Verhältnis zur Türkei wie auch zu Rußland sind neben einigen anderen politischen Themen dem Kamingespräch am Abend vorbehalten.

Angesichts der fortbestehenden Unsicherheiten über die für 1999 geplante gemeinsame Währung kommt es den Gipfelteilnehmern vor allem darauf an, den Bürgern und Märkten ein Zeichen der Zuversicht zu vermitteln. EU Kommissionspräsident Santer hat auf die negativen Folgen eines Scheiterns der Bemühungen hingewiesen. Die europäische Einigung verliere in diesem Fall ihre Glaubwürdigkeit, den Märkten drohten neue Währungsturbulenzen, und Europa würde schließlich trotz seiner wirtschaftlichen Stärke in eine zweitrangige Rolle zurückgeworfen. Für die Beratungen in Madrid haben die Finanzminister ein Übergangsszenarium vorgelegt, das die Auswahl der Teilnehmer an der Einheitswährung so früh wie möglich im Jahre 1998 aufgrund der Konvergenzkriterien von 1997 vorsieht. Mit dem Aufbau der Europäischen Zentralbank soll 1999 begonnen werden. Noten und Münzen sollen schließlich im Jahre 2002 die nationalen Währungen ersetzen. Für den Namen der künftigen Währung zeichnet sich der Begriff „Euro“ ab; er war von Finanzminister Waigel vorgeschlagen worden.

Die Erörterung der Beschäftigung in den EU-Ländern gehört mittlerweile zu den Dauerbrennern der Gipfeltreffen. Den Regierungschefs liegen dazu zahllose Berichte der EU Kommission, des Ministerrates sowie einiger unabhängiger Sachverständigengremien vor; die meisten davon dürften lediglich zur Kenntnis genommen werden. González kommt es darauf an, die Aufgabe der Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie die Sicherung einer international wettbewerbsfähigen Wirtschaft in den Vordergrund zu rücken. Das Ziel soll darin bestehen, weitere Impulse zur Deregulierung und Entlastung der Wirtschaft von überflüssigen Verwaltungsaufgaben zu geben. Ob sich allerdings die gegenwärtige Zahl von knapp 18 Millionen Arbeitslosen in allen fünfzehn Mitgliedsländern der EU in absehbarer Zeit dadurch nennenswert verringern läßt, wird von vielen bezweifelt. Das gleiche gilt für das Ziel des vor zwei Jahren vorgestellten Weißbuchs der Kommission, bis zum Jahr 2000 die Arbeitslosigkeit in der EU zu halbieren.

Zur Vorbereitung der Regierungskonferenz zur Reform des Vertrages von Maastricht liegt der Gipfelrunde der Bericht der „Europa-Weisen“ (Reflexionsgruppe) vor. Unter dem Titel „Eine Strategie für Europa“ haben sich die 18 Vertreter der Mitgliedsländer, des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission mit Blick auf die nächste Erweiterungsrunde für eine Überarbeitung der Entscheidungsprozeduren sowie für bessere Ergebnisse in der Innen- und Rechts- aber auch Außen- und Sicherheitspolitik ausgesprochen. Allerdings hat der britische Vertreter in fast allen Punkten - so zum Beispiel in der Einschränkung des Vetorechts im Ministerrat - widersprochen. Das läßt schon heute auf denkbar schwierige Verhandlungen schließen. In Madrid wird es aller Voraussicht nach weder eine vertiefte Diskussion des Berichtes noch eine Festlegung der Regierungschefs geben. Diplomaten erwarten, daß die Außenminister gebeten werden, die Reformkonferenz vorzubereiten. Sie soll voraussichtlich am 29. März 1996 während eines Sondertreffens der Staats- und Regierungschefs in Turin feierlich einberufen werden und spätestens im Juni 1997 zu Ende gehen.

Am zweiten Tag des Gipfeltreffens erweitert sich die Runde um die Regierungschefs der Beitrittskandidaten aus den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie Malta und Zypern. Ähnlich wie bei den

vorangegangenen Treffen in Essen und Cannes wird sich damit abermals eine Perspektive auf die nach der Jahrtausendwende geplante gesamteuropäische Gemeinschaft öffnen. Über deren Vorbedingungen und Funktionsweise will man auch in Madrid sprechen, ohne daß konkrete Zeitpunkte für den Beitritt des einen oder anderen Kandidaten festgelegt werden. In Cannes hatten sich die Staats- und Regierungschefs jedoch dazu verpflichtet, spätestens sechs Monate nach dem Ende der Reformkonferenz die Beitrittsverhandlungen mit Malta und Zypern zu beginnen. Damit kommen sie in Zugzwang, sich parallel dazu auch dem einen oder anderen Staat im Osten zu öffnen. Dabei handelt es sich vor allem um Polen, Ungarn und die Tschechische Republik. Alle übrigen Kandidaten gelten aus verschiedenen Gründen als noch nicht reif für den Beitritt. Umstritten ist auch die Frage, ob das gesplante Zypern in seiner jetzigen Struktur Vollmitglied der EU werden kann.